

ContraSalon

Dipl.-Ing. Jürgen Wahl ☀ Mein politischer Privatbrief No. 16 2.11. 2014

beifall für die 'afd' und bewunderung für putin im magazin "zuerst" + serbisch-französische "freiwillige" schießen auf ukrainer + "ZUERST" druckt monatlich 85.000 hefte für 2200 kioske immer wieder 'rechts'-abstempelungen der evp, doch die eu-kommission sagt korrekt "christdemokraten" + 'desertec' scheitert ++ das ehemalige fdj-blatt 'junge welt' verleumdete kiew

Warum die Ukraine-Wahl keine "Riesenüberraschung" brachte

Langes Starren besonders deutscher Medien auf die Ostukraine machte viele blind

Als ich Ende September in Polen an der jährlichen Tagung "Kirche und Europäische Integration" teilnahm, konnte man etliche ukrainische Wahlkämpfer-Gäste erleben, z.B. aus dem Team von Vitali Klitschko, Chef der Partei "Reform-Allianz" (UDAR). Sie waren - wie polnische Politiker - ganz sicher, dass sich "an die zwei Drittel für Europa entscheiden" (Mariia Inova) würden. Haargenau das passierte. Freilich verschoben sich die Gewichte zwischen den Pro-Europäischen. Die so genannte "Volksfront", die natürlich keine linke wie die westeuropäisch-historische ist, profitierte von der verbalen Härte ihrer Führung. Der Staatspräsident und sein Lager fielen leicht zurück, weil sie gegenüber Moskau betont diplomatisch zu reden begannen. Dritte Kraft und "echt neu" ist die westukrainische Partei "Selbsthilfe" geworden, geführt von den jungen Politikern Andrej Sadowy und Hanna Hopka. Ihr Zentrum ist das einst österreichische Lemberg, galizische Hauptstadt, von ARD/ZDF brav "Lwiw" genannt, während sie z.B. immer Lüttich statt Liège sagen. Galizien brachte über 70% Europa-Stimmen. **(Details in unserer nächsten Ausgabe)** // Und wo waren die "Faschisten", vor denen der Kreml täglich warnte und der WDR noch am Wahltag? Die "Kriegstreiber" hatten bei der Präsidentenwahl 2% gehabt, jetzt ging es ihnen gleich schlecht. Und die nicht so rechten "Freiheitlichen" der Swoboda scheiterten fast ebenso kläglich. Resultat: Einige Medien faselten von einem "Erdrutsch" und mussten die klare Entscheidung für Europa, die so manchem nicht passte, zur Kenntnis nehmen. Putin verbundene deutsche Linke, darunter die 1947 von der FDJ/SED gegründete "Junge Welt" hetzten weiter. Wir drucken ihr Geschrei auf Seite 6 ab. Das Blatt gehört zu dem Lager, dem sich in Thüringen die einstige Freiheitspartei SPD anvertraut. **JW**

Othmar Karas MdEP/ÖVP: Meine Kollegen und ich sprechen künftig im Nationalrat

Im Rahmen einer Pressekonferenz forderten ich als ÖVP-Delegationsleiter im Europaparlament und Klubobmann Reinhold Lopatka gemeinsam mit Jörg Leichtfried und Andreas Schieder, als Vertreter der SPÖ, "Sieben Punkte für mehr Europa" im Österreichischen Parlament (Nationalrat). Das österreichische Parlament hat schon im Vergleich zu anderen Staaten sehr weitgehende Mitwirkungsmöglichkeiten in EU-Angelegenheiten. Mein Ziel war es stets, diese Möglichkeiten weiter zu stärken und vermehrt in den Vordergrund der parlamentarischen Arbeit zu rücken, um Europa-politik in Österreich mehr sichtbar zu machen.

Mit der Maßnahme, zukünftig wichtige EU-Vorhaben verstärkt im Plenum des Nationalrates zu beraten, sollen europapolitische Fragen eine stärkere Rolle auf dessen Tagesordnung bekommen. Auch soll der *BürgerInnenservice* ausgebaut werden. Bereits jetzt stehen schon die EU-Dokumente im Volltext in einer Datenbank des Parlaments zur Verfügung.

Im Zuge unseres Wiener Parlamentsumbaus sollen Sitzungen des EU-Ausschusses künftig live übertragen werden. Ferner werden die EU-Ressourcen in der Parlamentsdirektion gestärkt, wo de-ren Experten verstärkt wichtige EU-Gesetzgebungsprozesse von Anfang bis Ende mitverfolgen werden und eine regelmäßige Information der Klubs (Fraktionen) erfolgt. Nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages sollen vor weitreichenden EU-Vorhaben Expertenhearings angesetzt werden, zu denen auch Vertreter der EU-Institutionen eingeladen werden. Durch themenbezogene Aussprachen zwischen EU- und nationalen österreichischen Abgeordneten soll die Zusammenarbeit der beiden parlamentarischen Ebenen



Othmar Karas MdEP/ÖVP/EVP

verbessert werden. Ausserdem sollen in Zukunft EU-Ausschüsse jederzeit einzelne EU-Vorhaben an die Fachausschüsse unseres Parlaments überweisen können. In diesen sollen dann auch EU-Abgeordnete sprechen. // Die Hauptforderung nach einem Rederecht für EU-Abgeordnete im österreichischen Parlament wird gegenwärtig umgesetzt. Über einen von ÖVP und SPÖ eingebrachten Initiativantrag wird im Ausschuss beraten und im Dezember im Plenum abgestimmt. Damit wird das Rederecht ab 2015 Wirklichkeit. Ich begrüße die Entwicklung sehr. Meine langjährige Forderung hatte den erhofften Erfolg! **(Kommentar: Wann sprechen "Unsere" im Bundestag?)**

Beifall für die AfD, Bewunderung für Putin, so agitiert "ZUERST !"
Radikales "Deutsches Nachrichtenmagazin" aus Postfach 100, 24236 Selent
Nachfolgend werden in Zitaten und Stichworten zwei Hefte (Oktober, November) vorgestellt und kurz kommentiert. ZUERST wird an rund 2200 Kiosken und im Abo verkauft, Stückpreis € 6.50. Für ZUERST wird in "Der Schlesier" und weiteren Wochenblättern geworben.

November-Leitartikel. Chefredakteur Manuel Ochsenreiter (38).

"Nichts veranschaulicht besser das totale Scheitern des Konzepts einer 'multikulturellen Gesellschaft' als die vielen Blutpfützen auf deutschen Straßen nach Zusammenstößen zwischen Islamisten und militanten Kurden. / Man darf daher die Frage stellen, warum sich ... noch immer schätzungsweise 500.000 bis 800.000 Kurden in Deutschland aufhalten? Was hindert sie an einer Rückkehr in die Heimat? // Deutsche Soldaten sollen für Kurdistan in den Krieg ziehen, während sich junge kurdische Männer in Deutschland in Straßenschlachten stürzen? Anstatt "Verständnis" für diese militanten Kurden aufzubringen, sollte man sie zur Heimreise ermuntern."



ZUERST: Manuel Ochsenreiter

S.5 - Beifall für Verbot von "Homo-Ehen" in der Slowakei /// **S.6** - In Essen finanziere der Staat einen radikalen Islamisten /// **S.7** - (1) "Immer mehr Produktionsrückgang" als Folge der Sanktionen gegen Russland; (2) Polens Lech Walesa habe "Atomwaffen gegen Russland" gefordert

S.8 bis 15: (1) Titelstory "Deutschlands Phantom-Armee" gegen Ursula von der Leyen; (2) dazu noch 5 Seiten Interview mit Generalleutnant a.D. Franz Uhle-Wettler, der seit Jahren begehrter Referent in rechtsradikalen Kreisen ist und u.a. Angela Merkel wegen ihrer pro-israelischen Politik angriff. In ZUERST beklagt U.W. die Abschaffung der Wehrpflicht. Putins Russland hält U.W. für eine "in den Grundzügen demokratische Republik". Deutschland müsse eine Politik "frei von Gehorsam gegenüber Brüssel und Washington" machen.

S. 23 - "Marsch für das Leben". Protestmarsch in Berlin des "Bundesverbandes Lebensrecht", den der katholische Journalist Martin Lohmann leitet, der aus der CDU austrat und mehrfach für die der AfD festverbundene "Junge Freiheit" schrieb. Der Verband wird von der AfD seit ihrer Gründung umworben, zuletzt vor der Landtagswahl in Sachsen.

S.24/25 - "Kündigungsgrund: Falsche Gesinnung". Kritik an der Entlassung eines "ProNRW"-Rechtsradikalen aus der Polizei, aber auch von NPD-Leuten aus einer Möbelfirma "wg. linksextremen Denunzianten".

S. 30/31 - Angriff auf Justizminister Maas, der die Bestrafung von Haßreden verschärfen will.

S. 32 - Kritik an Schulbehörden, die die Bundeswehr (Jugendoffiziere) fernhalten wollen.

S. 34/37 - "Asyl-Chaos in Deutschland".

S. 38 - Kommentar von Harald Neubauer gegen Steuergeldverschwendung. N. war bis 1981 NPD, 1983 "Republikaner", für diese ab 1989 Europaabgeordneter. 1992 Herausgeber "Nation und Europa", welche mit ZUERST fusionierte.

S. 39/41 - Bericht über österreichische "Identitäre", die als Rechtsradikale hervortreten, vor allem gegen den Islam. Dazu Interview. Offizieller Verbandsname: "Verein zur Erhaltung und Förderung der kulturellen Identität". Unterhält Beziehungen zu den AfD-Junioren in Bayern.

S. 44/46 - Wichtigste Fundstelle im Heft: "Das schottische Fanal" mit Bedauern, dass die Trennung von London nicht klappte. WICHTIG: Schilderung der offiziellen RUSSISCHEN Beobachtung der Schottland-Abstimmung unter Leitung des Diplomaten Igor Borissow. Er sagte, die Abstimmung habe nicht internationalen Standards entsprochen und bedauerte das NEIN. Deutete Wahlfälschung an. Die Russen ermutigten auch die Katalanen zum Austritt aus dem spanischen Staat. ZUERST: Das "volksbewusste Erdbeben in der EU" habe erst begonnen. M.W. haben unsere Medien über diese Art russischer Politik kaum berichtet.



S.48/49 - Unter "Wir sind keine Söldner!" Präsentation einer französisch-serbischen "Freiwilligenbrigade", die in der Ostukraine an der Seite der Russland-Kräfte "gegen das faschistische Kiew" kämpft. **(FOTO links)** Ihr Kommandeur Victor Lenta verließ dafür seine französische Fallschirmtruppe. Zitat: "Neurussland ist heute das Symbol für alle Völker, die sich im Widerstand gegen den westlichen Globalismus befinden." Text stammt von der Belgrader Journalistin Dragana Trikovic. Wichtig: Ochsenreiters frühes Faible für das russlandfreundliche linke Serbien.

S.52/53 Vorstellung "der siegreichen Schwedendemo-

kraten" + Interview mit Vávra Suk, in Tschechien geborener Neu-Schwede mit rechten Ansichten. Text betont, die Partei lehne Rechtsextremismus und "Brüssel" ab.

S. 54/57 - Generalangriff auf neue EU-Kommission und angebliche "Entmachtung" des deutschen Kommissars Oettinger, geduldet von BK Merkel. Typisch sind Mengen Sachfehler und Wehklagen, dass die italienische Kommissarin "antirussisch", nicht - wie erst gemeldet - "offen für Putin" sei.

S. 65 - Werbung für das im BONUS-Verlag (gleiche Adresse wie ZUERST) neu erschienene Buch von Putin-Freund Alexander Dugin "Konflikte der Zukunft - Die Rückkehr der Geopolitik". Selbstlob: Den Anstoß zur Popularisierung von Dugin in Deutschland habe ZUERST gegeben, nun gehe der Professor durch viele deutsche Talkshows.

S.66/67 - Ein sog. "Zwischentag", diesmal in Bonn. Der Begriff steht für eine jährliche Messe rechter Verlage, Publikationen und Bildungszirkel. In Bonn war Gastgeber die "Alte Breslauer Burschenschaft Raczek", die schon oft als weit rechts auffiel. Interessant: Diesmal fehlte die rechte mit der AfD fest verbundene "Junge Freiheit". Sie wollte "nach Rücksprache mit der Partei" vermeiden, "mit Rechtsradikalen, die wir nicht mögen, fotografiert zu werden".

Überschlagen: Österreichteil des Magazins mit Lob für FPÖ, Vorstellung der Serben im Kosovo.

ZUERST-Buchversand: Mindestens drei Bücher sind rechtsradikal. Besonders beworben auf der hinteren Umschlagseite: "Halleluja - Die Geschichte der USA" von Joachim Fernau. Erschien zuerst bei Kriegsbeginn und war HJ-Führer-Pflichtlektüre

ZUERST startete 2009 in der gegenwärtigen Form in der Verlagsgruppe "Lesen und Schenken" des Neo-Nazis Dietmar Munier (24238 Martensrade, Büro in Kiel). Das Magazin hatte als Vorläufer "Nation und Europa" in Coburg, welches früh als rechtsradikal erkannt wurde. ZUERST druckt monatlich eine Auflage von 85.000 Stück. // Munier steuert weitere rechte Verlage, darunter Arndt und BONUS. ZUERST-Chefredakteur Ochsenreiter arbeitete lange in der "Jungen Freiheit", zuletzt als Chef Innenpolitik. Wurde 2011 ZUERST-Chef, folgte dem rechtskonservativen Ex-Springer-Mann G. Deschner.

Oktoberheft - Leitartikel: Ochsenreiter befasst sich darin allein mit dem hessischen CDU-Europaabgeordneten Michael Gahler, der Mitglied des Auswärtigen Ausschusses ist

"Die politischen Stellungnahmen Gahlers lassen nichts aus: Kritik an Syrien, Russland und China. Stets geht es dem 'Außenexperten' um Menschenrechte. Gahler möchte diese um jeden Preis gewahrt wissen - sagt er zumindest". (Gahler habe gefordert, Journalisten, "die in unsäglicher Weise die Wahrheit verdrehen", zu bestrafen, etwa durch Beschränkung ihrer Reisefreiheit).

Der Chefredakteur reckt sich: "ZUERST wird sich gewiss nicht von Brüssel oder Berlin vorschreiben lassen, was geschrieben wird und was nicht. Wir werden unser Grundrecht der Meinungs- und Pressefreiheit gegen US-Lobbyisten wie Gahler verteidigen." // **S. 5** Die CSU habe gefordert, hiesigen Dschihadisten die Pässe und die Staats-

bürgerschaft zu entziehen. Dies sei aber "verfassungswidrig".

S. 7 - Vorbilder: "Die Niederlande weisen Haßprediger aus." Die Schweizerische Volkspartei SVP kämpfe mit Erfolg gegen "Indoktrination" von Kindern mit "Gender-Mainstreaming". // Wieder wer-

de ein deutsches U-Boot an Israel geliefert. // Aufstellung von deutsche Asylantenkosten in 2013.

S. 8 - 15- Titel-Story "Anbetung des Zeitgeistes" gegen praktisch alle EKD-Kirchen. Besonders beschimpft: R.v.Weizsäcker, J.Rau, M.Käßmann, Präses Schneider. Zitat: "Sollte man nicht im Gottesdienst statt der Bibel gleich das Parteiprogramm der Grünen vorlesen?"

S. 18 /19 - Interview mit Pfarrer Dr. Heiner Kappel, zeitweise FDP, später BFB, jetzt AfD-Wähler.

S. 20/21 - Beschimpfung "Schwadroner auf Geisterfahrt" des Bundespräsidenten: "Schuldkult, Kriegstreiberei, Einwanderungsxtremismus".

S. 22/23 - Thema Kriminalität: "S-Bahn-Schläger vorzeitig entlassen", "Gefahr durch islamistische Tschtschenen". Vorwurf, der hohe Anteil von Ausländern an Verbrechen werde von den "Altparteien" verschleiert.

S. 24/27 - Vier Seiten Interview mit "AfD-Thüringen-Gewinner" Björn Höcke. Es sei an der Zeit gewesen, auch in Deutschland eine rechtsdemokratische Partei zu gründen. Frauke Petry (AfD-Vorstand) sagt, es gehe der AfD "um das Überleben des Volkes". Nochmals Höcke: ausländische und deutsche Arbeitslose dürften nicht mehr gleichbehandelt werden. Und noch eine Überschrift "Stärkung volksnaher Kräfte" - durch Einzug in zwei Landtage.

S. 30 - Harald-Neubauer-Kommentar. Es komme immer zu "Holocaust-Anspielungen", "wenn man die Deutschen pseudomoralisch zu überrumpeln gedenkt".



S. 33/35 - Interview mit Andrej Purgin, Vizepremier der "Volksrepublik Donezk". Zitat: "Lockt die EU mit einer Möhre, geht man zur EU." Eine Föderalisierung in der Ukraine sei denkbar "aus selbständigen Regionen".

Links: ZUERST-Karte: Ostprovinzen verließen die Ukraine schon definitiv, Krim ist russisch.

S. 36/41 - Beiträge zur "Überfremdung" Englands mit Ausländern, Lob für die Gegenwehr David Camerons. Englisch "Verbrecherparadies" Rotherham. Wieder: US- -Sanktionspolitik, auch gegen Iran, schwächt uns.

S. 42/44 - Rechtfertigung russischer Politik im Kaukasus gegen die dort versuchte "Westliche Destabilisierung". Karten, z.B. im Fall Georgien, im Sinne der vom Kreml bewirkten neuen Grenzziehungen.

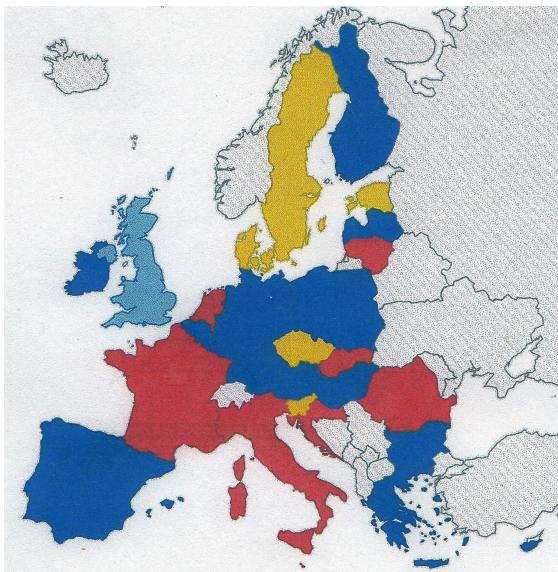
S. 49/51 - "Energiekrieg gegen Russland" - Kommentar überflüssig.

S. 52/54 - Sturz Chruschtschows vor 50 Jahren mit herber Kritik an dessen Nachfolgern, die die Sowjetunion in eine Stagnation getrieben hätten.

S. 55 - Ganzseitige Anzeige der Wochenzeitung "Der Schlesier", die im gleichen Verlag wie ZUERST erscheint. "Der Schlesier" kämpfe "gegen Überfremdung und Umvolkung". Das Blatt ist nicht mehr Organ der Landsmannschaft. Es vertreibt revisionistische antipolnische Bücher.

S. 58 - Angebliche Kriegsverbrechen der USA bei der Eroberung von Aachen im Okt. 1944

Falschmeldungen der Medien gehen nach der Wahl der Juncker-Kommission weiter



Wieder einmal wurden EVP-Christdemokraten nach der Europawahl in die Kiste "Konservative" gesteckt. Freilich muss man anerkennen, dass jedoch nach der Wahl von Jean-Claude Juncker zum Präsidenten der EU-Kommission eine Reihe deutscher Zeitungen endlich damit aufhörten, nicht aber ARD/ZDF. Es hatte sich wohl langsam herumgesprochen, dass Christdemokrat Juncker als "Schuman-Enkel" Interviews abbrach, wenn man ihn oder die EVP als konservativ hinstellte. Zu den Weiter-so-Fälschern zählte auch der Bonner General-Anzeiger, der von **15 konservativen** Kommissaren berichtete und dabei den Briten einfach zu den **14 EVP-Angehörigen** rechnete. Die EVP hat überhaupt kein britisches Mitglied!! Wir drucken die korrekte Grafik der EU-Kommission. **Blaue Staaten = EVP-Kommissare, rote = Sozialisten. Liberale sind gelb. Die Briten haben Hellblau für ihren Konservativen. BRAVO**

ENERGIEUMWELTKERNKRAFTLAUFZEITVERLÄNGERUNGEN IN

Jürgen Wahl: "Desertec" - ein Traum platzt vor sich hin

Was ich in ContraSalon seit zwei Jahren mehrmals als superwahrscheinlich beschrieb, ist nun passiert: "Desertec" ist als ehrgeizigstes polit-ökonomisches Projekt Deutschlands in Nordafrika gescheitert.

Desertec, seit 2003 in Planung und seit 2009 von deutschen Spitzenkonzernen wie RWE oder der Deutschen Bank auf Anraten von u.a. grünkonservativen Politikern wie Klaus Töpfer (CDU) vorangetrieben, sollte die Versorgung der EU mit Sonnen- und Windenergie aus nordafrikanischen Wüstengebieten organisieren. Der Bau von Solarkraftwerken und Windparks in Nordafrika sowie der Bau von Unterwasserkabeln von dort nach Europa wurde geplant. Außerdem hieß es, die Bemühungen um die energiepolitische Nutzung der nordafrikanischen Staaten könne in eine allgemeine politische Anbindung der Region an die EU münden - nach dem Vorbild der Integration Westeuropas mit Hilfe der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl.



Spanien: Hier drohen keine Sandstürme...

Ich sagte früh, was auch meine energiepolitischen Freunde meinten: 1. Es scheitert an den instabilen politischen Realitäten von Marokko bis Ägypten, 2. Es scheitert daran, dass weder Frankreich noch Italien superteure Fernkabel akzeptieren können. Außerdem fressen gegenwärtig noch solche Kabel große Strommengen weg und verwandeln sie in Hitze, 3. Fragen sich die wenigen gutwilligen Partner vor Ort, was denn Nordafrika eigentlich von Desertec habe, z.B. wie viele neue Arbeitsplätze, 4. Es blieb und bleibt ungeklärt, wie die geplanten Anlagen, oft überfallen von Sandstürmen, korrekt gesäubert und gewartet werden sollen, etwa durch Nomaden oder Analphabeten?

Ich zitiere nun, was jetzt Desertec angesichts des Scheiterns in den Medien verbreitet:

"Desertec ging ursprünglich auf staatlich geförderte Planungen zur Gewinnung von Sonnen- und Windenergie in Nordafrika zurück. Der Grundgedanke bestand darin, Solarkraftwerke und Windparks (**sic** !) dort zu errichten, wo die Dauer bzw. die Intensität von Sonnenschein und Wind maximale Werte erreichen - etwa in den Wüstengebieten der Sahara bzw. in den Küstengebieten Nordwestafrikas. Der erzeugte Strom sollte mit Unterwasserkabeln zum Verbrauch nach Europa geleitet werden. Um die Realisierbarkeit des Gedankens zu prüfen, gründete sich im September 2003 ein Netzwerk von Wissenschaftlern, Ökonomen und Politikern namens "Trans-Mediterranean Renewable Energy Cooperation" (TREC). Etwa ein Drittel der Mitglieder kam aus Deutschland; wichtige Studien, die die Wirtschaftlichkeit des Vorhabens untermauern konnten, wurden vom "Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt" (DLR) mit Geldern des Bundesumweltministeriums durchgeführt. Auf den Ergebnissen von TREC basierend, gründete sich am 20. Januar 2009 zunächst die "Desertec Foundation" mit Sitz in Deutschland; ihr folgte am 30. Oktober 2009 die "Dii GmbH" ("Desertec Industrial Initiative"). Diese war ein Konsortium überwiegend deutscher Großkonzerne wie E.ON, RWE oder Munich Re, die aus einer Realisierung des Projekts Profite ziehen wollten. Die Rede war von einem Gesamt-Investitionsvolumen von bis zu 400 Milliarden Euro. Die Dii gab an, bis zu 15 Prozent des europäischen Strombedarfs aus Sonnen- und Windkraftwerken in Nordafrika decken zu können."

Es wurden Millionen Euro verbrannt, oft aus Förderkassen. Die politische Seite: Desertec ist früh als "neokoloniales Projekt" attackiert worden. "In nahezu allen potentiellen Exportstaaten der arabischen Welt" bestehe "die Sorge vor neokolonialen Asymmetrien", hieß es schon im Sommer 2009 in einer Analyse der "Stiftung Wissenschaft und Politik" (SWP): "Es wird befürchtet, dass vor allem europäische Unternehmen profitieren, während für den südlichen Mittelmeerraum letztlich nur überteuerter Solarstrom herauspringt." Und so standen "Partner" immer auf der Bremse.

Weil eine Lösung nicht in Sicht ist und die deutsche Solarindustrie, gegenüber der Konkurrenz aus China auch noch empfindlich ins Hintertreffen geraten, ohnehin schwächelt, hat man die Reißleine gezogen. Bereits in den vergangenen Jahren sind immer mehr Gesellschafter, darunter Siemens und E.ON, von Desertec abgesprungen. Jetzt aber haben die paar noch ausharrenden Planer beschlossen, sich in Zukunft darauf zu beschränken, Dienstleistungen für ihre verbliebenen Gesellschafter bei konkreten Projekten in Nordafrika und Mittelost durchzuführen.

Hetze der "Jungen Welt", sie gehört zum Lager der deutschen Linkspartei

27 Okt 2014 - 18:12

Kommentar zum Wahlausgang in der Ukraine

Mit »solide Mehrheit für Proeuropäer« bejubelte der **Allgemeine Regierungsdienst (ARD)** am Sonntag in den Abendnachrichten den Ausgang der Parlamentswahlen in der **Rest-Ukraine**. Und der »**Zentrale Dummfunk**« (**ZDF**) legte nach: »Der proeuropäische Kurs von Präsident Poroschenko ist klar bestätigt worden.« Der selbst wertete das Ergebnis höchstpersönlich als eine »machtvolle Demonstration« für eine enge EU-Anbindung der Ukraine. Angesichts der extrem niedrigen Wahlbeteiligung sieht der »Sieg des Westkurses« allerdings nicht besonders »klar«, »eindeutig« und »machtvoll« aus. Das dürfte auch der Grund dafür sein, dass **ARD** und **ZDF** die Angaben zur Beteiligungsquote wie ein Geheimnis hüteten.

Lediglich der *Bayerische Rundfunk* brachte auf br.de die ernüchternde Meldung, dass von rund 36 Millionen Wahlberechtigten nur wenig mehr als 40 Prozent tatsächlich ihr Votum abgaben. Davon entfielen jeweils knapp über 21 Prozent der Stimmen auf die Partei Poroschenkos wie auch auf die »Volksfront« **des von Washington ins Amt gehieften Ministerpräsidenten Arseni Jazenjuk**. Umgerechnet auf die Gesamtheit der wahlberechtigten Bürger stehen somit nur je acht Prozent hinter dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten. Das heißt, das Wahlergebnis lieferte Poroschenko und Jazenjuk zwar die notwendige Legalität, für ihre Legitimität in den Augen der Bevölkerung – in der es 60 Prozent Nichtwähler gibt – dürfte die erbärmliche Quote bei weitem nicht ausreichen.

Ein weiteres Ergebnisproblem liegt in der Zersplitterung der restlichen knapp 58 Prozent der abgegebenen Stimmen auf weitere sechs Parteien, die es ins Parlament schafften. Dabei **gelangten in sämtlichen Parteien über vordere Listenplätze führende Faschisten oder Rechtsradikale in die Rada**. Das verspricht nichts Gutes. Bereits im Zug des **Maidan-Putsches** wurden parlamentarisch-demokratische Gepflogenheiten **von faschistischen Gewalttätern beiseite gewischt, Andersdenkende wie z. B. Mitglieder der Kommunistischen Partei mussten und müssen um ihr Leben fürchten, weshalb sie zum Teil gar nicht erst zu dieser Wahl antraten**.

Auf der Liste der »Volksfront« des Ministerpräsidenten wurden außerdem sogenannte Kommandeure von Freiwilligenbataillonen – wie es bei **ARD** und **ZDF** hieß – auf vorderen Listenplätzen Abgeordnete. Mit dieser Bezeichnung verharmlosen die beiden Fernsehanstalten die **Anführer faschistischer Verbrecherbanden**. Zugleich jubelte die *Süddeutsche Zeitung*, die Partei »Rechter Sektor« sei nur auf »knapp über zwei Prozent« gekommen, das habe »den Mythos der russischen Propaganda über die »faschistische Junta in Kiew« zerstört. Falsch. **Vielmehr bekräftigt das Wahlergebnis, dass die ukrainischen Faschisten nun in den Parteien der »Mitte«, sogar in den Regierungsparteien, angekommen sind.**

=====

Geschrieben und redigiert von **Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343 WACHTBERG**
Tel. 0228 – 32.43.81 // e-mail: post@jwahl.de

Deine / Ihre **Spende deckt steigende Kosten**

Bitte auf mein Konto 101403017 bei der Volksbank Wachtberg, Bankleitzahl 37069805
oder: BIC GENODED1WVI IBAN DE15 3706 9805 0101 4030 17